

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

18 (23.1.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt, monatlich 85 Pfg., durch den Briefträger ins f. u. g. 86 Pfg. vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiencisch“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Petiziteile oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Erscheinenszeiten der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Familien-: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>	

Wie gedenkt der Bund der Landwirte es zu halten?

Das „Süddeutsche Volksblatt“, das Organ des Bundes der Landwirte in Baden, oder vielleicht richtiger, das Organ des Abg. Schmidt-Breiten, hat in Nr. 8 unter dem Titel „Nationalliberaler und Bund der Landwirte“ über das Verhältnis zwischen diesen beiden Parteien sich ausgesprochen. Was der Verfasser dieses Artikels sagt, will mehr als einmal gelesen werden. Und was er nicht sagt, darf man nicht leicht übersehen.

Zunächst wird gesagt: „Unserem nicht geringen Erschrecken haben wir in der letzten Woche in einigen Zeitungen Zweifel darüber gesehen, ob der Bund der Landwirte in Baden den von nationalliberaler Seite aus ergangenen Annäherungsversuchen Folge geben könnte. In einer Zeitung hieß es: „Der Bund der Landwirte überlegt sich die Sache noch.“ Erreichte Besprechungen bedeuten eine Weiterbildung für die führenden Männer des Bundes.“

Wer sind „die führenden Männer des Bundes“? Wir sind die Herren, welche dem Namen nach an der Spitze stehen? Gibt es neben diesen nicht auch Männer, welche zu den tatsächlich „führenden“ gehören? Wenn ja: wer sind sie? Gehört der Verfasser des Artikels im „Südd. Volksblatt“ auch zu den „führenden Männern“, und zwar zu jenen, welche über alles unterrichtet sind, was in der Gegenwart geht und in der Zukunft geplant wird? Wir wiederholen: und für die Zukunft geplant wird?

Auf solche Fragen sollte man Bescheid haben, um daraus erkennen zu können, ob es wirklich einer „Annäherung“ gleichkommt, bei der betreffenden Herren das für möglich zu halten, was der Artikel des „Südd. Volksblattes“ juristisch will. Das sind aber keineswegs die einzigen Fragen, welche der Artikel im „Südd. Volksblatt“ einem aufdrängt.

Mit hinreichender Deutlichkeit und Bestimmtheit wird in dem Artikel zugestanden, daß „von nationalliberaler Seite aus Annäherungsversuche ergangen“ sind. Wer ist nun diese „nationalliberale Seite“? Gehört sie der nationalliberalen Partei an? Ist sie diese selbst? Ist sie eine private Stelle der nationalliberalen Partei?

Ist sie in den Kreisen des Ministeriums des Innern zu finden? Ist sie vielleicht der Minister des Innern selbst? Sind die „Annäherungsversuche“ direkt „ergangen“ oder nur indirekt?

Was war eigentlich Inhalt und Gegenstand derselben? Welche Art von „Annäherung“ wurde „versucht“? Sollte die „Annäherung“ sofort platzgreifen, also schon bei den Wahlen sich zeigen? Oder sollte sie erst später auf parlamentarischen Boden verwirklicht werden?

Ja, der Verfasser sich so ausgesprochen hat, wie wenn er sich dagegen wehren wollte, als wären die Herren vom Bund nicht bereit, solchen „Annäherungsversuchen“ Folge zu geben, wird man wohl nur als stillschweigendes Lieberleben betrachten müssen.

Als ist also dieser Eingangs-Abschnitt nicht dazu angetan, etwaige Zweifel und Bedenken vollständig zu beseitigen. Weiter wird dann gesagt: „Ein Bündnis zwischen Nationalliberalen und Bund der Landwirte würde für den letzteren eine Selbstentwürdigung bedeuten.“ Ganz abgesehen davon, daß die Haltung der Nationalliberalen in landwirtschaftlicher und Mittelstandfragen ein solches Bündnis als etwas widernatürliches erscheinen ließe, ist ein Zusammengehen des Bundes mit den Nationalliberalen schon deswegen ausgeschlossen, weil in der Kampfweise der Nationalliberalen gegen den Bund der obere Grundsatze ist: Verleumdung und Beschimpfung.

Sonderbar! Warum wird jetzt auf einmal von einem „Bündnis“ gesprochen, um es in möglichst kräftiger Form von der Hand zu weisen? Es gibt doch diese und jene Form der „Annäherung“, die man nicht als „Bündnis“ bezeichnen kann. Es ist also ganz gut denkbar, daß man der vollen Wahrheit entsprechend erklären kann und erklärt: ein „Bündnis“ ist nicht geschlossen und wird nicht geschlossen werden, während andererseits „Annäherung“ nicht bloß erstrebt wird, sondern schon eingegangen ist. Behält man den sehr großen Unterschied zwischen „Bündnis“ und bloßer „Annäherung“ im Auge, so wäre es nicht undenkbar, daß ein „Bündnis“, zwischen zwei Parteien, als etwas widernatürliches erdienen würde, während eine „Annäherung“ zwischen ihnen zu einem bestimmten Zwecke durchaus nicht so charakterisiert werden müßte.

Der Hinweis auf „die Kampfweise der Nationalliberalen gegen den Bund“ will nicht heißen. Ob sie wirklich so ist, wie hier behauptet wird, oder nicht, sicher würde sie sofort anders werden, sobald eine „Annäherung“ in Sicht läge. Anlässe an eine derartige Wendung hat man ja bei Dörfinger schon jetzt merken können.

Ein weiterer Abschnitt des Artikels besagt:

„Wenn es bisher bei Wahlen in einigen Bezirken vorgekommen ist, daß die Nationalliberalen die Unterstützung der Bundesangehörigen gefunden haben, so ist das daraus zu erklären, daß diese Bundesangehörigen meistens bisherige Nationalliberale waren, und daß sie trotz ihrer Mitgliedschaft beim Bund politisch und kirchlich liberal sind. Diese Mitgliedschaft verpflichtet ja nicht dazu, die bisherige rein politische und kirchliche Überzeugung aufzugeben, sondern lediglich dazu, in der vom Bund geforderten strengen Art für die Interessen der Landwirtschaft und des Mittelstandes einzutreten. Das Bündnis mit der Sozialdemokratie, das schädlichste Verhalten der Nationalliberalen gegen Landwirtschaft und Mittelstand (z. B. Gerstensteuern, Bärenhausssteuer usw.) hat nun auch den liberalen Bündnern die Augen darüber geöffnet, daß ihre Wege und diejenigen der nationalliberalen Partei streng getrennt sein müssen. Es dürfte nicht mehr allzulange dauern, so wird es in Baden zwar noch Liberales aber keine nationalliberalen Bündler mehr geben.“

Ist da nicht auch „zwischen den Zeilen“ zu lesen? Kann man es nicht so verstehen oder vielleicht so verstehen müssen, daß der Bund der Landwirte in den „führenden Männern“ zwar mit dem Liberalismus unter der bisherigen Flagge sich nicht einlassen will, wohl aber mit dem Liberalismus unter anderer Flagge?

Ist man nicht berechtigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß die „führenden Männer des Bundes“ sich zwar nicht bereit finden würden, mit den Nationalliberalen, wie sie bei uns in Baden bisher als organisierte Partei aufgetreten sind, in ein „Bündnis“ Verhältnis einzutreten oder andere ähnliche Beziehungen einzugehen, dagegen bereit wären, mit einzelnen nationalliberalen Sezessionsisten zusammen eine neuorganisierte liberale Partei mit anderer als nationallib. Firma zu bilden? Und wenn eine solche Idee von oben herab, also etwa vom Ministerium des Innern aus, in die Wirklichkeit übertragen werden sollte, wäre dann nicht anzunehmen, daß „die führenden Männer des Bundes“ sich bereit zeigen würden, mitzutun?

Den Schluß des Artikels bildet folgender Hinweis auf die Haltung des „Südd. Volksblattes“: „Das einzige Organ, das bisher in Baden die Interessen des Bundes in der Presse vertreten hat, war das „Südd. Volksblatt“. Man mag dem „Südd. Volksblatt“ vielleicht manches zum Vorwurf machen können. Aber das wird man nicht sagen können, daß es mit den Nationalliberalen gefeilschaftet hat. Im Gegenteil! Wohl in seiner Zeitung in Baden wird der Kampf gegen die Nationalliberalen so scharf geführt als im „Südd. Volksbl.“. Infolge partieller Behandlung durch nationalliberale Beamte hat das „Südd. Volksbl.“ keine Veranlassung, diesen Kampf abzuschwächen. Wir halten die bündnerischen Abgeordneten des nächsten Landtags für verpflichtet, das in Frage kommende Ministerium im Landtag in der rüchsellossten Art vor dem ganzen Lande hervorzuziehen zur Rechenschaft zu ziehen. Auch das ist mit ein Grund, warum wir wiederholt die Lösung ausgeben müssen: Kampf gegen die nationalliberale Partei!“

Das lautet sehr energisch. Wie aber, wenn dem bündnerischen Blatt kein Anlaß mehr gegeben wird zu besonderer Klage? Wie, wenn es von der gleichen Seite freundlich und entgegenkommend behandelt wird?

Es erschien angemessen, den ganzen Artikel zum Abdruck zu bringen. Vielleicht nimmt der Verfasser derselben Anlaß, Erklärungen und Ergänzungen zu demselben zu geben, welche dazu angetan sind, volle Klarheit zu schaffen, wenn da oder dort noch Zweifel obwalten.

Deutschland.

Berlin, 23. Januar 1909.

* Der Reichstanzler hat beim Kaiser Vortrag gehalten. Die „Bad. Presse“ weiß zu melden, daß der Kaiser ihm ein volles Vertrauensvotum ausgesprochen und erklärt habe, er sei mit seiner Rede im Abgeordnetenhause vollkommen einverstanden. Diese Nachricht wird, soweit wir aus den Morgenblättern erfahren, bis jetzt nirgends bestätigt. Die konservativen Ideen sind jetzt in der Nachschleife seit bleiben zu wollen. Der Reichstagsabgeordnete von Treuschels soll zu einem Reporter des „Main“ gesagt haben, die Konservativen ließen lieber die ganze Reichsfinanzreform scheitern, als daß sie die Nachschleife bewilligten.

Die Zentrumsfraction des Reichstags hielt am Donnerstagabend eine besondere Trauerfeierung aus Anlaß des Ablebens des Grafen von Gompel ab. Der zweite Vorträge Dr. Schäbler gedachte in warmen Worten der vielen Verdienste des Verstorbenen um die Fraktion und um die Gesamtpartei. Die feierlichen Requien für den Verstorbenen finden am Samstag früh halb 10 Uhr in der Gedwigskirche statt; Propst Kleindamm wird das feierliche Requiem halten und Prälat Dr. Schäbler die Trauerrede. Am Grabe auf Schloß Aurich wird wahrscheinlich Dr. Spahn einen Kranz namens der Fraktion niederlegen. Alle Meldungen über die Neuwahl des Vorstehenden der Zentrumsfraction sind verfrüht und nur mit der größten Vorsicht anzunehmen. Man empfindet in den Kreisen der Fraktion gar nicht das Verlangen, sofort zu einer Neuwahl zu schreiben.

Die Stenckommission des Reichstags lehnte das Branntweinmonopol mit 15 gegen 12 Stimmen die Freistimmigen stimmen nicht mit dem Votum ab und beschloß die Einlegung einer Subskription behufs Ausarbeitung einer Fahrtaffener.

Die Die Stenckommission des Reichstags nahm einen dreistündigen Vortrag des Staatssekretärs über Marofffrage und Balkanfrage entgegen.

Im Reichstag gedachte Präsident Graf Stolberg des Ablebens des Grafen von Gompel und widmete diesem einen warmen Nachruf. Die Führer sämtlicher Parteien sprachen dem zweiten Vorträge Dr. Schäbler das Beileid ihrer Fraktion aus. Dann wurde in die Beipredung der Interpellation über das Vereinsgesetz eingetreten. Nachdem der Sozialdemokrat Brey und der Rote Dreißig ihre Anfragen durch eine Menge von Material begründet hatten, legte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg dar, daß die politischen Verhältnisse von allen Seiten als politische Vereine angesehen worden seien und daß daher der Sprachenparagraf mit Recht seine Anwendung auf sie finde. Dann versicherte er aufs neue, daß die Regierung des Gesetzes logal ausführen würde. Die Beipredung der Interpellation geht am Freitag weiter.

Die Einsetzung von Schöns zum Fall Sammann. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags vom 21. Januar gab Staatssekretär von Schön bei Beratung des Etats des auswärtigen Amtes über die gegen den Geh. Legationsrat Dr. Sammann erhobenen Beschuldigungen folgende Erklärung ab:

„Im Oktober vorigen Jahres habe ich einen Brief aus Stuttgart erhalten, der die Beschuldigung enthielt, Dr. Sammann habe vor 5 Jahren in einem bürgerlichen Rechtsstreit einen Falschheit geleistet. Hierüber zur Nachforschung gegangen, erklärte Sammann, der Briefsteller habe vor 4 1/2 Jahren eine Denunziationschrift gegen ihn aufgesetzt, die aber nicht bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde, sondern zu Drohungen und Beschlagnahme in einem Familienstreit benutzt worden sei. Als im Dezember vorigen Jahres Geh. Rat Sammann eine Abschrift der Denunziationschrift erlangte, habe er diese bei der Staatsanwaltschaft mit dem Antrag auf Untersuchung eingereicht. Die Staatsanwaltschaft, so fuhr der Staatssekretär fort, sprach die Einleitung des Verfahrens aus. Das trieberte der Beschlagnahme in zwei Schreiben an den Herrn Reichsanwalt und an mich und beantragte die Einleitung des Disziplinerverfahrens gegen den Beamten. Hierauf stellte ich ihm mit, daß ich den Justizminister ersucht hätte, mich von dem Verlaufe des Verfahrens zu unterrichten und ich mir weitere Entschlüsse vorbehalten. Als dann in einer anderen Beschlagnahme der Beschlagnahme seiner Amtspflichten beschuldigt wurde, stellte ich gegen ihn sofort Strafanzug und auch wegen Verunglimpfung seiner Privatethik.“

Der Beamte stellte sodann unter dem 10. ds. seinen Strafanzug auf die füglich erfolgte Befreiung der Strafanzuge vom 24. April 1904 wegen Meinheits, sowie auf das Begleichschreiben. Da es nach Angabe des Geheimrats Sammann nur unwahre Behauptungen enthalte, habe er, der Reichssekretär, am 13. Jan. d. J. die Abschrift eines Beschlusses des Amtsgerichts Schöneberg vom 11. Dezember 1908 eingereicht, wonach ein beschlagnahmtes Exemplar der Druckchrift „Strafanzuge des Prof. Dr. Schmidt“ mit der Bezeichnung „freigegeben“ wurde, die Strafanzuge sei erheblich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Auch in dem Vorwort eines unwichtigen Verhältnisses als Beamter könne keine strafbare Handlung erblickt werden, da der Beamte kein Verhalten gezeigt habe, was gegen das Ansehen des Amtes verstoße. Geh. Rat Sammann hat, sobald er durch mich von dem Verlaufe des Verfahrens in Kenntnis hatte, die f. l. Staatsanwaltschaft gebeten, die Aufhebung dieses auf tatsächlich falschen Voraussetzungen beruhenden Beschlusses herbeizuführen. Ich habe nunmehr den Justizminister um Mitteilung des Ergebnisses der Beschwerde gebeten. Geh. Rat Sammann hat für den Fall, daß jener Berichtschluß aufrecht erhalten bleiben soll, Disziplinerverfahren gegen sich beantragt. Hiernach ist gegenüber den vielfachen und trotz des schwebenden Strafverfahrens fortgesetzten Angriffen sowohl von vorgehenden Dienststellen als von dem angegriffenen Beamten alles geschehen, um eine gerichtliche Aufklärung sämtlicher erhobener Beschuldigungen herbeizuführen.“

Die sächsische Baureform angenommen. Die sächsische Zweite Kammer hat einen das Wahlgesetz in der F. h. m. der Ersten Kammer mit 72 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die russische Gemälde für den Schuraevsaal des Reichstags wurden am Donnerstag von der Auswärtigen Kommission des Reichstags abgelehnt mit 8 Stimmen gegen 2 Stimmen. Zur Andringung derselben stimmten nur der bayerische Gelehrte Graf Werdenfeld und der württembergische Gelehrte Freiherr v. Barnbiller. Die künstlerische Qualität der Gemälde, in dem sie die künstlerische Qualität der Gemälde zwar in verbindlichen Redensarten, aber doch sehr scharf abspredend unerblickt als nicht auf der Höhe stehend bezeichneten. Auch der Vertreter des Reichsamt des Innern votierte gegen Anbringung der Gemälde. Eine zweite Sitzung der Kommission wird am Samstag über das weitere Schicksal der Bilder beschließen. Eine Debatte soll im Interesse des

Künstlers im Plenum nicht stattfinden, da dieselbe wenig schmeichelhafte Urteile aus Künstlerkreisen reproduzieren würde. Damit ist dem Zentrumsgesandten Dr. Pfeiffer aus Ruffreisen bestätigt worden, daß seine „Anwürfe“ gegen Sam in jeder Richtung berechtigt waren.

Kommt ein Sozialistengeheiß? Wie dem „Berl. Tageblatt“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll in Hoffreien der Wunsch bestehen, daß in die Novelle zur Abänderung des Strafgesetzbuches einige Bestimmungen aufgenommen werden, die sich später gegen die Sozialdemokratie kehren könnten. Fürst Hilow sei — so wird berichtet — der Verwirklichung dieser Wünsche abgeneigt, und er soll seine sehr wenig geschickten Drohungen gegen die Sozialdemokratie nur vorgebracht haben, um jene Hoffreie wenigstens einigermaßen zufriedenzustellen. In diesen Hoffreien dürfte besonders Herr v. Miesbach zählen. Bemerkenswert ist, daß selbst die „Köln. Zeitung“ gegen die Drohungen des Fürsten Hilow sehr entschieden Front macht. Sie sieht in dieser Ankündigung „vom Standpunkt des Liberalismus aus eine recht unklare Heberreichung, daß die preussische Regierung und der deutsche Reichstag noch immer der Hoffnung leben, die Sozialdemokratie mit dem unglücklichen Mittel der Ausnahmegegebung bekämpfen zu können. Es läge auch nahe, zu vermuten, daß Fürst Hilow beabsichtigt, damit den konservativen einen Klöder hinzuworfen, um sie zu veranlassen, die ihnen widerstrebende Nachschleife zu schließen und die Reichsfinanzreform zu sichern. Aber eine solche Annahme hat kurze Weile, denn der Reichsanwalt wie die konservativen werden sich darüber klar sein, daß Ausnahmegegebung gegen die Sozialdemokratie keine Wehrheit finden. Der Verlust der Regierung, sie durchzusetzen würde daher nicht nur das Ende des Modus bedeuten, sondern auch die notwendige Reform der Reichsfinanzen unmöglich machen.“ Wenn Fürst Hilow, wie die „Köln. Zeitung“ meint, mit seinen Drohungen nebenbei auch die konservativen für die Nachschleife gewinnen wollen, so war dieses Manöver verfehlt. Die Antwort der konservativen liegt bereits vor, und diese Antwort ist ein glattes Nein. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Die Freistimmigen hören aus der Rede des Reichsanwalts nur ein Verben um die konservativen heraus, bei dem für die Liberalen nichts weiter als eine letzte Verbergung abgefallen sei. Die Rechte hört dagegen nur die kategorische Aufforderung heraus, bei der Reichsfinanzreform, die das Abgeordnetenhause nur indirekt berührt, Parteiprogramme und Parteigrundzüge nicht den Ausschlag geben zu lassen“, sondern sich zu der Nachschleife in Sinne der Regierungsvorlage zu „befehren“. Daß diese Mahnung gerade an die konservativen gerichtet wird, muß allerdings auffallen; sie erinnert uns wieder einmal daran, daß die konservativ-liberale Reichspolitik des Fürsten Hilow bisher ganz vorzugsweise den konservativen Opfer um Opfer aufzulegt. Es ist dem Reichsanwalt gewiß nicht unbekannt, daß selbst wenn einzelne konservative Abgeordnete geneigt sein sollten, die Schwedische Nachschleife zu bewilligen, die Partei im Lande doch nicht dafür zu gewinnen ist; sie würde geradezu ihre Existenz aufs Spiel setzen, wenn sie auch hier wieder dem Freistimm ein Opfer des Intellekts bringen würde; viele, in einigen Provinzen wohl die Mehrheit unserer Wähler, aus dem Mittelstande drohen schon heute mit einer Sezession, wenn bei der Nachschleife unsere Parteigrundzüge gouvemenentalen oder bloßpolitischen Rücksichten geopfert würden.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Protokoll über Albanien. Die Wiener „Zeit“ stellt fest, daß die Meldung der Londoner „Times“, daß Oesterreich-Ungarn in einem konstantinopoler Telegramm auf das Protektorat über Albanien verzichtet habe, unwahr sei, und erklärt, daß die Borte habe solche Forderungen überhaupt nicht gestellt, weil, wenn Oesterreich das Protektorat abgibt, Italien es beanspruchen würde.

Balkanstaaten.

Kämpfe und Morde in Mazedonien. Der „Zem Gazetta“ zufolge hat die Gendarmerie in Sialia (Bezirk Serbische) eine aus drei Mann bestehende griechische Bande vernichtet. In Mazedonien begannen nun wieder die Ermordungen einzelner Personen aus politischen Motiven. — In die Ortshafit Klabujschka bei Monastir drangen Bulgaren, verstärkt durch ehemalige Komitadschi, ein, um sich der Kirche zu bemächtigen. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß mit den Griechen, der eine Reihe von Opfern forderte. Von Monastir nach Klabujschka entsendete Kavallerie stellte die Ruhe wieder her.

Die serbische Agitation gegen Oesterreich dauert fort. In Regetin hat die Nationalverteidigung Perunovic beauftragt, das ganze Gebiet von Krajina

zu bereiten. Bernabie hat sich zur Aufgabe gestellt, einen Teil Serbiens zu Fuß zu bereiten und das Bauernvolk mit Sang und Klang für den Krieg gegen die österreichischen Banditen in Bosnien und die Herzegovina zu begeistern. Aus Belgrad wird vom 22. d. M. gemeldet: Der englische Gesandte wurde gestern vom König in zweifelhafte Audienz empfangen. Man legt dieser Audienz große Bedeutung bei, weil sie mit der Politik in Zusammenhang steht.

Türkei.

Der Sultan befindet sich „Adam“ zufolge seit einigen Tagen in wohl. Auch von anderer Seite wird diese Nachricht bestätigt.

Die allgemeine Wehrpflicht. Der türkische Kriegsminister hat dem Großvezir die Entwürfe für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eingereicht.

Noch kein Ende des Boykotts. Der „Adam“ publiziert einen Brief des Chefs der Kailastträger, in welchem er mitteilt, daß er ins Bolland zurückgekehrt sei und daß auch die Kailastträger den Boykott aufgeben müssen. Der Briefschreiber erklärt: Nachdem wir geschworen haben, österreichische Waren nicht zu berühren, so lange die Zeitungen nicht eine offizielle Mitteilung publizieren, welche klar besagt, daß das Protokoll, welches die Worte unterzeichnet wird, von der Kammer genehmigt und deshalb der Boykott zu beenden sei, wagen wir nicht, unseren Schwur zu verletzen und uns in den Augen der ganzen Nation verantwortlich zu machen. Der Inhalt des Briefes illustriert die Hintermänner des Boykotts und zeigt, daß zur Sicherung des Boykotts eine offizielle Aufforderung für das ganze Reich notwendig sei.

Aus Konstantinopel wird vom 22. d. M. gemeldet: Infolge neuerlichen Einschreitens des Großvezirs erklärten die Leichterschiff-Besitzer dem heiligen Lloyd-Agenten, sie würden sofort die Arbeit aufnehmen, wenn das bisher bestandene Privileg der Dalmatiner Leichterschiffe aufgehoben werde.

Frankreich.

Ein freireisender Lehrer. In Concordray, einem Dorfe bei Besancon, stellte der Schullehrer mit dem Namen „Es lebe der Streik!“ den Unterricht ein, weil die Gemeindeverwaltung sich geweigert hat, eine von ihm verlangte Ausbesserung des Schulgebäudes vorzunehmen zu lassen. Da der Schulinspektor das Vergehen des Lehrers billigte, hat die Gemeindeverwaltung sich an den Unterrichtsminister gewandt.

Zum Kulturlager. Das Appellgericht in Rennes hat über den Einspruch des Bischofs von Quimper, Mgr. Duparc, verhandelt, der vor einigen Wochen wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zu 300 Francs Geldbusse verurteilt worden war. Der Einspruch wurde zugelassen. Beim Verlassen des Gerichtes wurde dem Bischof von einer tausendköpfigen Menge eine stürmische Spornstiefelung dargebracht.

Franszösische Sozialpolitik. Der Pariser Gemeinderat hat wie der „Vohre Volkst.“ berichtet wird — aus „Sparamleitersicht“ die gesetzlichen Ruhestage der im Dienste der Stadt beschäftigten zahlreichen Arbeiter abgelehrt. Aber aus „Eitelkeitsrücksichten“ wieder die Wallfeste der Stadt Paris eingeführt, die dem städtischen Säckelmeister 100 000 Franken kosten werden. Wie es auf diesen Wallfesten zugeht, ist land- und reichsfundig. Die Kreditgenossen werden in einer Weise besteuert, daß das sozialistische Gemeinderatsmitglied Gredaubal im „Zutranigeant“ mit Recht behauptet, die in den Gängen und Treppenhäusern aufgestellten Stadgardisten seien entrichtet gewesen über die Art und Weise, mit welcher die eroberten Ritzmalen und Getränke in den Gängen von Leuten vertilgt werden, welchen es gelungen war, etwas von den Kreditgenossen wegzuschleppen. In den sogenannten reservierten Sälen, wo die Verwandtschaft, die Verwandtschaft und die Freundschaft und nur die Herren im Frack und Damen in ausgesetzten Wiedern zugelassen werden, geht es gerade so zu. Gredaubal versichert, daß er i. B. mit 40 Eintrittskarten besetzt worden sei, um welche sich dann 12 000 Personen gestritten hätten.

Der Millionär Anshlands kam vorgestern in der französischen Deputiertenkammer zur Sprache anlässlich einer Resolution des Sozialisten Rouanez.

in der die Regierung aufgefordert wird, eine Emission ausländischer Werte in Frankreich nicht zu genehmigen, ohne dem Parlament Vorabentscheidungen angezeigt zu haben, die sie zur Wahrung der nationalen Interessen getroffen habe. In der Begründung seiner Resolution bekämpfte Rouanez die russische Anleihe und sagte: Seit 16 Jahren sind 18 Milliarden französischen Kapitals in die Fremde gegangen. Nicht nur die materiellen, sondern auch die moralischen Interessen sind gefährdet. Man verlangt von uns Millionen, um bestechliche Agenten auszuhalten. Der Präsident ermahnte Rouanez zur Ruhe, da es sich um eine ausländische Macht handle. Rouanez fuhr fort: Man begehrt von uns, daß wir den Bestand des in Agonie liegenden Parisismus aufrecht erhalten. Minister Bidon und zahlreiche Deputierte protestierten, während die Linke Beifall flüchtete. Der Präsident forderte Rouanez nochmals energisch zur Mäßigkeit auf. Rouanez wiederholte, er habe das Recht dazu, gegen die russische Anleihe zu protestieren, die dazu bestimmt sei, „schwarze Bänder“ zu erhalten. (Lärm auf allen Bänken; Beifall auf der äußersten Linken.) Dann bekämpfte Rouanez lebhaft die russische Politik in Persien, die Frankreich mit seinen Millionen nicht unterliegen dürfe.

Belgien.

Erfüllen die Orden auch heute noch eine Kulturmission? Diese Frage beantworteten die Religions- und kirchenfeindlichen „Schauung“ mit einem „Nein!“ ohne sich im geringsten die Mühe zu nehmen, ihre Ansicht auch mit Tatsachen zu belegen. Vor kurzem wurde im „Schwab. Merkur“ über die große Zahl der Ordensleute in Belgien gesagt. Es dürfte daher auch interessieren, den belgischen Sozialistenführer Banderwede, der eine merkwürdige Ausnahme von den sozialistischen und bürgerlichen Ordensleuten macht, zu vernehmen. Er hat, um sich über Kolonialfragen zu unterrichten, eine Reise nach dem Kongokonglomerat unternommen und dabei auch Missionsanstalten besucht und dann seine Eindrücke im „Peuple“ wiedergegeben. Unter den besuchten Missionsstellen befindet sich auch die von Jesuitenpatres geleitete Station Kikantu mit einem großen Seim für Obdachlose und Waisenfinder. „Dort befinden sich“ — schreibt Banderwede — „gegenwärtig 400 Anaben und Mädchen. Man lehrt sie lesen, rechnen und schreiben und ein Handwerk und läßt sie später bei den Missionsstationen anstellen, die abwärts der Eingeborenenrinder liegen. Diese Stationen suchen die Missionare zu vervollständigen, so daß sie an die verhöhlten Kolonien am Paragway erinnern. Kikantu präsentiert sich wunderbar. Die Mission liegt auf einer Terrasse, die das Tal hinab beherrscht. Weiße Streden urbar gemachtes Land umgeben sie von allen Seiten; die Gebäude sind geräumig, und die neuen Lokale für Schreinerie und Schlosserei zeigen die große Sandfertigkeit der von den Patres erzeugten Meger. Die Kirche und die Wohnungen der Ordensleute stehen inmitten blühender Gärten, die erste Frühlingsblüthe, die wir in Afrika gesehen haben. Wir bestaunen unter der Leitung von Schwärtern die Schulen und die Pflanzhöfe, wo Negermädchen in einfacher, geschmackvoller Kleidung an der Nähmaschine sitzen. Vater Bankaert hat mit einem „Grammatik der Bwango“ zur Erlernung des Französischen an, die äußerst praktisch angelegt ist. Nachdem ich den wunderbaren Garten bestaunt, den ein beiseitender Mann der Wissenschaft, Vater Gillat, mit großer Liebe seit mehreren Jahren angelegt hat und der eine große Sammlung tropischer Pflanzen enthält, begab ich mich zum Lazarett. Dort sind 50 Kinder untergebracht, die an Schlafkrankheit oder venerischen Krankheiten leiden. Es sind arme, höchst belagerte Kreaturen, der größte Teil lächelt uns an, der schwächeren Art ihrer Krankheit gar nicht bemerkt. Einer der Patres, mehr oder weniger Arzt, pflegt sie und ist sehr befriedigt von den Resultaten. Es gibt natürlich nicht für alle Heilung, aber doch beträchtliche Besserungen und Genesungen. Mit einer gewissen Ährif, die sich in dem Sozialistenorgan in Bezug auf eine Missionsstation langsam genug ausnimmt, schließt Banderwede: „Von Lazarett aus genießt man ein wunderbares Panorama. Die Nacht rückt heran, die Sonne sinkt, die Himmelsbrücke verblüht, der Abenddämmerung flieg zu den bedauernswerten Opfern irdischer Verdorbenheit und Vernachlässigung herab. Wenn man sah, wie Vater Bankaert

und seine Ordensbrüder lieb und gut mit diesen unglücklichen Geschöpfen waren, mußte man sich fragen, ob die Gegner dieser Ordensleute nicht einen psychologischen Irrtum begehen, indem sie deren Absichten Böses unterlegen und sie beschuldigen, wie das kürzlich eine Enquete-Kommission getan, mehr im Interesse ihrer Kongregationen als in jenem ihrer Schützlinge zu handeln.“ Wenn Banderwede den Kongokonglomerat als der Hilfe und Aufwendungen Belgiens würdig bezeichnet hat, hängt das wesentlich mit seinen Eindrücken über Kulturbestrebungen und Charitas der Ordensleute zusammen. Man versteht aber auch die Sozialisten, die zornigst die Banderwede beschuldigen, er gebe den Katholisch-Konserverativen scharfe Waffen gegen Sozialisten und Liberale in die Hand. Ihr Ordensbuch kann ja mit dem gelinden Worte Banderwedes „psychologischer Irrtum“ genannt werden. (Wohlweislich macht sich auch der Karlsruher „Volkst.“ diese Ausführungen des belgischen Sozialistenführers zu eigen zur Belehrung der „Genossen“, die nicht wissen, was die Köstler auch heute noch für die Kultur leisten. Die Red.)

Rußland.

Die russische Anleihe. Ein Ukas des Kaisers an den Finanzminister genehmigt die Emissionen jeder viereinhalbprozentigen Anleihe im Nominalwerte von 525 Millionen Rubel.

Baden.

Karlsruhe, 23. Januar 1909

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bemerken gelassen, dem Geheimen Rechnungsrat Stummehal im Reichsamt des Innern des Ritterkreuz erster Klasse Höchstes Lebens vom Jährlicher Rente zu verleihen.

Das Ministerium der Justiz, des Rechts und Unterrichts hat den Aktuar Heinrich Kunkel beim Landgericht Karlsruhe zum Hilfsrichter für den Aktuar Friedrich Speich in der Ministerialkanzlei zum erigierten Richter ernannt.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Innern wurde der Geometer Wilhelm Hofmann in Karlsruhe zum Katastergeometer ernannt.

Mit Entschliessung Großherzoglicher Staatssekretäre wurde Betriebsleiter Ludwig Roth in Heidelberg nach Dierburen und Betriebsleiter Julius Wittenberger in Untergröndach nach Breiten versetzt.

Sozialdemokratische Angriffe auf das Zentrum.

Der Redakteur Dr. K. hier in Karlsruhe hielt jüngst im „Eintracht“-Saal eine in Karlsruhe einen Vortrag über die Sozialdemokratie. Der Vortrag war interessant und lehrreich, wenn er auch für den Kenner nicht gerade Neues enthielt. Auch das ist nicht neu, was Dr. K. sagte, daß Lebensmittelpreise, bzw. Getreidepreise und Getreidewerter parallel fallen und steigen. Das ist schon früher gesagt worden und etwas Neues ist gewiß daran, wenn auch ohne Zweifel der Parallelismus durch verschiedene Umstände etwas gestört wird. Sicher aber im Grunde ist der „Volkst.“, wenn er diesen Gedanken ohne weiteres zu einem Angriff auf das Zentrum verwendet. Wir bewundern zwar die Kunstfertigkeit der roten Schöden darin, alles zu einem Angriff auf das Zentrum zu verwenden, aber da wir keine Genossen sind, die sich willenlos und kritiklos die Illusionen suggerieren lassen, so erlauben wir uns doch, die soziale Hochrüstung der roten Rosa bin und wie er in sozialer Verbindung zu stehen. Was tut nämlich der „Volkst.“, um das Zentrum anzugreifen zu können? Er macht sich einfach eines Vertrages schuldig, den er wohl in seiner Gedanklosigkeit selbst nicht gemerkt hat, und sagt sich Getreidepreis Getreidezoll. Dann lautet der Satz: Je höher die Getreidepreise, desto mehr Eigentumsverluste. Und dieser sozialdemokratische Satz ist durchaus falsch einfach deswegen, weil der Getreidezoll durchaus keine hohen Getreidepreise herbeiführen soll und auch nicht herbeiführt. Es gehört zum ABC jedes Sachverständigen und auch der „Wife.“, daß schon solche sachverständigen Anblicke gehabt — daß Weltenernte und Vorräte die ausbleibenden Faktoren für die Preisbildung des Getreides sind; der Zoll, der noch hinzukommt, kommt zwar im Preis zum Ausdruck, aber nicht ganz unbedeutend. Und für Weltenernte und Vorräte ist wieder das Zentrum noch sonst eine Partei verantwortlich. Wenn der „Volkst.“ nicht weiß, daß es hohe Getreidepreise — und noch noch viel höhere als heute — ganz ohne Zoll in früheren Jahrzehnten vor der Schugzollpolitik gegeben hat, dann möge er nun einen älteren Bauern fragen; aber eigentlich sollte er es selbst wissen. Und wenn er es nicht weiß, daß es heute trotz Zoll, auch billiger Getreide gibt und daß die Preise fortwährend sinken und steigen und daß es heute unter Getreidezoll nur weniger Langerade und bettelnde Leute gibt, als zu einer Zeit, die nicht lange hinter uns zurückliegt, dann möge er ebenfalls ältere erfahrene Leute fragen, oder auch seine Nase in Bücher stecken, wo man das lesen kann.

Freilich wenn es auf die rote Rosa anlämt, dann könnte der große und kleine Bauer, zu dessen Schutz die Getreidezölle eingeführt sind, heute schon zugrunde gehen und das städtische Proletariat verarmen und Lohnverdrücker werden. Aber die rote Rosa denkt nur an ihren persönlichen Haß gegen das Zentrum und nicht über ihre Nase hinaus. Und nach diesen Gesichtspunkten gruppiert sie dann die Tatsachen, die sie sich so, so, so nicht zu machen scheut, wenn sie in der Wirklichkeit nicht vorzuliegen sind.

Die Jungliberalen und Dr. Obfischer.

Der Jungliberale Karlsruher Stadtrat Sidiß, der den Altliberalen manche Sorgen macht und schon gemacht hat, hielt jüngst in Navodzell einen Vortrag, in welchem er u. a. ausführte:

Obfischer, mit dem er im Fall Nibel durchaus nicht einverstanden ist, habe die oberste Spitze eines Parteiführers nicht beantragt; er hat zu erlangen, nicht zu trennen, und er dürfe seinem Stand und seinem liberalen Mann das Recht der freien Meinungsäußerung verweigern.

Es ist denn schon so lange her, daß Obfischer von Alten und Jungen begrüßt und einstimmig zum 1. Vorsitzenden der Landespartei gewählt wurde? Ach nein, es war erst im November 1908. Und noch sind keine drei Monate vorher, da wird gegen ihn aus den eigenen Reihen öffentlich der Vorwurf erhoben, er einige nicht, sondern er trenne. Das ist ziemlich der schwerste Vorwurf, der einem Führer gemacht werden kann.

Obiges Zitat ist aus dem „Volkst.“ vom 22. Januar. In der nationalliberalen Presse haben wir nichts davon gelesen.

Kirchliche Nachrichten.

Wirsburg. Der bischöfliche Generalvikar, D. S. Somppert Dr. Diehm, hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter diese seine verantwortungsvolle Funktion, welche er über 15 Jahre mit dem größten Eifer und unentwegter Gewissenhaftigkeit verlor, niedergelegt. Zum Generalvikar wurde vom Bischof der bisherige Generalsekretär dieser Stelle Dr. Somptin und Geistl. Rat A. G. H. Dörfer ernannt.

Theater, Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 23. Januar 1909

Groß. Hoftheater. „Woh dem, der lügt!“, Schauspiel von Grillparzer, welches im Jahre 1888 zum erstenmale aufgeführt wurde und seit dem im Jahre 1893 hatgebunden Wiederholungen im Spielplan nicht mehr erwidert, wird heute Samstag, den 23. Januar, neuinstudiert in Szene gehen. Besetzt sind die Herren Baumbach, Benedikt, Dapper, Gallego, Kempf, Krones, Mewes, Schneider, Wagh und Wasserbaum. Die einzige weibliche Rolle des Stüdes (Edrita) wird von Alwine Müller gespielt. Die Neuinstudierung leitet Herr Kienicher.

Groß. Hoftheater. Morgen Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, wird das Weihnachtsmärchen „Sonnenquaden oder der König von Götterland“ bei besonders ermäßigten Preisen zum letzten Male wiederholt. Die Nachfrage nach Eintrittskarten für diese Vorstellung war so stark, daß jetzt noch etwa 40 Plätze veräußert sind. In der abends 7 Uhr stattfindenden Neuinstudierung der seit 1904 nicht mehr gegebenen fämißchen Oper „Der Widerpenigigen Fähmung“ von G. H. treten hier zum erstenmal auf: Olga Kallense (Bianca), Herrmann Zadowler (Lucentio), Franz Noha (Fortensio), Eduard Schäfer (Grunio). Im übrigen wird noch beschäftigt die Damen Friedlein, von Westhofen und die Herren Busard, Erl, von Gortom, Keller. Die Oper wurde von Oberregisseur Schön und Hofkapellmeister Dr. Göbler einstudiert.

Das Konzert zugunsten der durch das Erdbeben in Südtirol Gefährdeten im Hoftheater war, wie

schon erwähnt, gut besucht, und besonders die Logenplätze, der zweite und dritte Rang, wie auch die Galerie stark besetzt. Das Programm wies die Namen Schuberts, Mozarts, Richard Wagners und — Dr. Goehlers auf! Des erlernten bekannter, einfach- oder H-moll-Symphonie (unvollendet) folgte die Arie des „Sarastra“ in dessen heiligen Hallen“ aus der „Sargon“, welche Herr Karl Braun, Sopranvortragener von Wiesbaden, mit einem Waffe sang, der ebenso kraftvoll und markig, wie wohlklingend und umfangreich ist und dem wohlgeschulden Sänger reichlichen Beifall eintrug. Dann kam die von Dr. Goehler im Jahre 1896 komponierte D-moll-Symphonie. Es ist nicht leicht, ein so unruhig, in allen Farben schillerndes Werk, das wie ein wunder Sammetstück vorbeifliegt, beim ersten Anhören in sich aufzunehmen. Wir verfolgten mit Interesse die rhythmischen Sprünge, die vielen kurzen Tempowechsel, die wie die Meereswellen sich in einander verlierenden kurzen Sätze, den eigenartigen Walzerakt z. c. Herr Dr. Goehler beherzt die Farben des Orchesters, die ganze Faktur erinnerte uns an diverse Remmiker, auch an Wagner. Trotzdem war das Werk originell und wenn es auch mehr durch mathematisch-mathematische Klangkombinationen als Gedankenreichtum oder Schönheit heraustrat, war es immerhin die Arbeit eines klugen Kopfes und beweist, daß der Komponist etwas Lichtiges gelernt hat. Für den inneren Menschen war freilich nichts in dem Werke, mitgenommen im Gedächtnis hat sicherlich niemand etwas von dieser Symphonie. Das Vorspiel aus „Parsifal“, der „Karfreitagzauber“ (in welcher die Herren Braun und Zadowler sangen), das Siegfried-Idyll und der Kaisermarsch, all diese Wagner-Nummern wurden, wie die vorausgegangenen, vom Hoforchester glänzend gespielt. Letzteres und Herr Dr. Goehler mögen sich im Hinblick auf den Zweck des Konzertes mit diesem Bauakademie begnügen. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, Prinz und Prinzessin Max von Baden wohnten den Aufführungen an.

„Allerlei Mitteilungen, von denen aber vorerst kein Gebrauch gemacht werden soll.“

Zu einem politischen Sammelbild fondergleichen ist die nationalliberale Partei unter der viermonatlichen Führung Obfischer geworden. Der sich davon überzeugen will, der behalte die nationalliberale Presse, vorab die parteiamtliche „Badische Landeszeitung“, im Auge. Nicht an letzter Stelle tritt das „politische Sammelbild fondergleichen“ anlässlich der Kandidatenfrage in die Erscheinung. In der ganzen Geschichte der politischen Parteien unseres Landes hat es niemals in Sachen der Kandidaturen ein so befehlendes Schauspiel gegeben, wie die nationalliberale Partei der politischen Welt es bietet. Und der Umstand, daß es gerade die führenden Männer dieser Partei in erster Linie sind, an deren Namen das befehlende Schauspiel anknüpft, verleiht ihm ein besonderes Merkmal.

Daß die Gegner der nationalliberalen Partei, vorab die Zentrumsblätter, möglichst genau Blick führen, ist aus mehr als einem Grunde erklärlich und auch geboten. Schon nach zehn Jahren wird man mit dem allergrößten Interesse die Erklärungen und Schilderungen dessen sich erzählen lassen, was in unseren Tagen sich abspielt. Auf nationalliberaler Seite denkt man natürlich anders darüber. Dort wäre man froh, wenn man die Erörterungen in der Öffentlichkeit hintantasten könnte. So erklärlich das ist, so wenig ist man in der Lage, Rücksicht darauf nehmen zu können. Die nationalliberale Partei muß zu ihrem sonstigen Ungemach auch das noch über sich ergehen lassen.

Die parteiamtliche „Bad. Landeszeitung“ hat im sichtlichen Mangel darüber einen Einsatz bekommen, den sie selbst wahrheitsgemäß zu den glücklichsten rechnet. Sie klagt, daß sich die Zentrumsblätter, vorab der „Bad. Beobachter“ so viel mit der „Kandidatenfrage“ beschäftigen und zwar „fast ausschließlich mit den Kandidaturen der nationalliberalen Partei“ und schreibt im Anschluß daran:

Noch keine Partei außer der Sozialdemokratie hat ihre Kandidaturen veröffentlicht. Das Zentrum hat eine einzige Kandidatur vorgeschlagen bekannt gegeben und zwar die des Herrn Betriebssekretärs Seubert für den Wahlkreis Gengenach-Wollach, sonst aber hat das Zentrum noch nicht die leiseste Miene gemacht, seine Karten irgend wo aufzulegen.

Noch allerlei Mitteilungen, von denen aber vorläufig kein Gebrauch gemacht werden soll, läuft dieses Geschäft im Zentrumslager nicht ganz glatt.

Es ist also wohl verständlich, wie die Zentrumsblätter, der „Bad. Beob.“ voran, Tag für Tag von den Schmeicheleien Aufhebens macht, die angeblich die Nationalliberalen mit ihren Kandidaturen haben, um eben die Aufmerksamkeit von abzulenkten, was im eigenen Lager vorgeht.

Als die Kandidatur für Ettenheim-Kenzingen festgestellt war, ist sie alsbald bekannt gegeben worden, was der „Bad. Landeszeitung“ anheimelnd ganz entgangen ist.

Was die Zentrumsblätter bis jetzt von „Schwierigkeiten“ mitgeteilt und erzählt hat, welche „angeblich die Nationalliberalen mit ihren Kandidaturen haben“, das hat sie alles nationalliberalen Blättern entnommen. War es irgendwie nicht einwandfrei, so trifft die Schuld und Verantwortung nur die Blätter der nationalliberalen Partei.

Die „allerlei Mitteilungen“ möge die „Bad. Landeszeitung“ dem Publikum doch ja keine Stunde lang vorenthalten! Wenn sie auch nur einen Tag damit ärgert, läuft sie Gefahr, in den Verdacht des Schwänzelns zu kommen. Also: nur „Gebrauch gemacht!“ und zwar ohne Hörgern!

Kapitalistenmanieren in der Sozialdemokratie.

„Das ist die Not der schweren Zeit“; diesen Satz kann man in der sozialdemokratischen Presse fortwährend in den verschiedensten Variationen finden, stets mit einem Hieb auf das Zentrum. Die rote Rosa tut das schon nicht anders, weil sie das Zentrum am meisten fürchtet, während man ihr von anderer Seite schon tut. Trotzdem zieht man da, wo die Einkunftsphäre der Sozialdemokratie allein bestimmend ist, nicht die Konsequenz aus der Not der Zeit, sondern macht sogar in recht kleinlicher Weise Kapitalistengewohnheiten nach. Wir kennen uns in Arbeiterkreisen sehr gut aus und wissen, wie das arbeitende Volk ebenso sein Vergnügen und seinen Spaß haben muß, wie andere Volksteile. Mit Freuden erinnern wir uns an die Gelegenheiten, welche uns zu Fastnachts- und anderen Ausflügen und Festen von Arbeitern und Handwerksgehilfen führten. Wir fanden da meist viel mehr Gemütsruhe, Wit und Humor als bei manchem Fest, für das viel geredet und geschrieben und viel Geld gebraucht und Aufwand gemacht wurde. Und dabei war alles einfach und billig — völlig im Rahmen dessen, was Leute dieses Standes sich leisten können.

Sehen wir nun, wie es bei den Kindern der roten Rosa in Karlsruhe gehalten wird, so darf man schon etwas lächeln. Festhalle, die viel Geld kostet — schon recht; für so viele muß der größte Saal genommen werden. Maskenball — ebenfalls nicht dagegen zu sagen! Lust und Fröhlichkeit bis früh am morgen — auch dagegen sei nichts gesagt, da das allgemein bei solchen Gelegenheiten so gehalten wird. Aber nun auch: Preise für einzelne Masken; ein Wettbewerb unter den Maskierten für schöne und originelle Kostüme; 300 Mark für solche Zwecke in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und der Arbeitslosigkeit! Das ist entschieden des Guten zu viel! Das sind Kapitalistenmanieren, die sich Leute gestatten können, welche Geld im Ueberfluß haben. Darin liegt direkt auch eine Aufforderung an die Teilnehmer zu Geldausgaben für Kostüme z. c., die denn doch in einer solchen Zeit äußerst bedenklich ist. Hat man sonst nicht mehr Wit und Humor genug, muß mit Kapitalistenallüren wieder Zug in die Sache gebracht werden? Was denken dazu die Bauern auf dem Lande, wenn sie hören, wie man in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen in Karlsruhe, aus denen man sonst die schwersten Vorwürfe gegen die brutalen Ausbeuter vom Lande hört, sogar noch Geld für Maskenpreise übrig hat? Wir sind die letzten, welche dem Arbeiter ein Vergnügen mitgliedern, wie wissen vielmehr, daß das auch zum Leben gehört. Aber was zu viel ist, ist zu viel. Und daß es zur Erhöhung des Vergnügens beiträgt, wenn Geld für Maskenpreise zum Fenster hinausgeworfen wird, in einer Zeit, wo die Not am Wege sitzt und vielen Verleitet ist, glaubt niemand. Oder will man etwa mit der Einführung von Parteinämern die Kapitalisten verböhnen und

Todes-Anzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere gute Gattin, Mutter, Großmutter und Tante, Frau **Luisa Wafanull,** verwitwete Saettler, nach langem, schwerem Leiden und nach Empfang der heiligen Sterbesakramente, heute mittags 1/2 12 Uhr, durch einen sanften Tod zu erlösen, wovon wir Verwandte und Bekannte ergehen in Kenntnis setzen.
 Karlsruhe, den 22. Januar 1909.
 Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Jos. Wafanull,
 Trauerh. u. s. w. Marienstr. 88.
 Die Beerdigung findet Sonntag vorm. 1/2 12 Uhr statt.

Gottesdienstordnung.
 Sonntag, den 24. Januar 1909.
 Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
 6 Uhr Frühmesse.
 8 1/2 Uhr hl. Messe mit Generalkommunion für die Mitglieder des Vereins der christlichen Familie und des Müttervereins.
 7 Uhr hl. Messe.
 8 1/2 Uhr Militär-gottesdienst m. Predigt.
 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt.
 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst mit Predigt.
 2 1/2 Uhr Christenlehre für die Jünglinge.
 3 Uhr Andacht zur heil. Familie mit Predigt und Segen.
 Kollekte für die durch d. s. Erdbeben betagelten Italiener.
 Bernharduskirche.
 6 1/2 Uhr Frühmesse.
 8 Uhr Singmesse mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.
 11 Uhr Kinder-gottesdienst mit Predigt.
 2 Uhr Christenlehre für die Knaben.
 2 1/2 Uhr Andacht zu Ehren der heiligen Familie.
 4 Uhr Verlesung des 3. Ordens.
 Kollekte für die in Suditalien vom Erdbeben Hingelassenen.
 St. Vincenzkapelle.
 5 30 Uhr hl. Kommunion.
 7 Uhr hl. Messe.
 8 Uhr Amt.
 Liebfrauenkirche.
 6 1/2 Uhr Frühmesse.
 8 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Amt mit Predigt.
 11 Uhr hl. Messe.
 1 1/2 Uhr Christenlehre für die Mädchen.
 2 1/2 Uhr Andacht zu Ehren der heiligen Familie.
 Kapuziner-St. Nikolauskirche.
 6 1/2 Uhr Singmesse mit Predigt.
 St. Bonifatiuskirche.
 6 Uhr Andacht der hl. Kommunion und Beichtgelegenheit.
 6 1/2 Uhr Frühmesse.
 8 1/2 Uhr Singmesse mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.
 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst mit Predigt.
 2 Uhr Christenlehre für die Mädchen.
 2 1/2 Uhr Andacht zur heiligen Familie.
 Ludwig-Wilhelm-Krankenheim.
 8 Uhr hl. Messe.
 St. Peter und Paulskirche.
 6 Uhr Beichtgelegenheit.
 6 1/2 und 7 1/2 Uhr Verlesung der heiligen Kommunion der Christenlehrepflichtigen.
 7 1/2 Uhr deutsche Singmesse.
 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.
 1 1/2 Uhr Christenlehre für die Jünglinge.
 2 Uhr Andacht zu Ehren der heiligen Familie.
 Stadtkirche Durlach.
 7 1/2 Uhr Frühmesse mit gemeinschaftlicher Kommunion der Christenlehrepflichtigen.
 9 1/2 Uhr Predigt und Hochamt, darauf Christenlehre für die Diaspora.
 1 1/2 Uhr Christenlehre.
 2 Uhr Weihnachtandacht.
 Für kathol. Taufstunde von Karlsruhe und Umgebung.
 Nachmittags von 3 bis 4 Uhr im Saal Franziskushaus (Grenzstraße 7).
 Predigt, darauf And. mit Segen.

Katholische Volksbibliothek
 des Vereins vom hl. Carl Borromäus.
 Geöffnet Sonntags.
 St. Stefan's Pfarrort:
 Grenzstraße 23, 2. Stock, 1 1/2 - 3 Uhr
 Liebfrauenpfarrort:
 Marie Str. 80, 11 - 12 Uhr.
 Bernharduskirche:
 15 - 12 Uhr.
 St. Peter und Paulspfarrort:
 Rheinstr. 3, 11 - 12 und 2 - 4 Uhr.
 Durlach: Pf. rhen. 1 - 3 Uhr.
 St. Pauli, Hauptpfarrort:
 Grenzstraße 7, öffentl. Sonntags
 abends 6 1/2 - 7 Uhr.

Bekanntmachung.
 Die Bücher der im Monat Juni 1908 unter Nr. 10948 bis mit Nr. 13453 ausgeschickten bzw. erneuerten Wandtafeln werden hiermit aufgefordert, ihre Pflaster bis längstens 4. Februar 1909 auszuliefern oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pflaster zur Verwertung gebracht werden.
 Karlsruhe, den 22. Januar 1909.
 Städtische Pfandleihkasse.

Todes-Anzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe treue Mutter,
Frau Baurat
Auguste Diez Witwe
 in Lenzkirch,
 gestern abend 9 1/2 Uhr im Alter von 73 Jahren unerwartet rasch zu sich zu rufen.
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Lenzkirch statt.
 Um stillen Beiseid bitten
 in tiefer Trauer:
Charlotte Beginger, geb. Diez,
Robert Diez, Oberamtsrichter, Heidelberg,
Dr. Rudolf Diez, Apotheker, Lenzkirch,
Bernhard Beginger, Oberlandesgerichtsrat a. D.,
 Karlsruhe,
Leonie Diez, geb. Martin,
 und 3 Enkelinnen.
 Lenzkirch, den 22. Januar 1909.

Dankfagung.
 Für die allseitige Teilnahme, welche uns anlässlich des Ablebens unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels,
des hochw. Herrn Pfarrers und Definitors
Eduard Geiger,
 Erzbischoflicher Schulpflichter,
 Ritter des bayerischen Löwenordens I. Klasse,
 zuteil geworden ist, sprechen wir Allen unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir seinen hochw. Herren Mitbrüdern, die sich so zahlreich eingefunden, den ehrwürdigen Schwestern, seinen opferwilligen Pflegerinnen, dem verehrlichen Gemeindevorstand und Katholischen Stiftungsrat, den Vertretern des Landesverbandes badischer Kreditkassen- und Konsumvereine, dem Lehrerkollegium, dem Kirchenchor, den verschiedenen Vereinen von Niederbühl und Raftatt, welche den Verstorbenen durch Nachrufe und Kranzspenden geehrt haben, dem Musikchor, den Vertretern des Gymnasiums Raftatt, den Schulkindern, überhaupt Allen, welche sich am Leichenbegängnis und Trauergottesdienst beteiligt haben.
 Allen, Allen ein herzliches Vergelt's Gott mit der Bitte um ferneres Gedenken im Gebete.
 Niederbühl, den 22. Januar 1909.
 Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:
 der Bruder
F. X. Geiger, Stiftungsvorwarter.

Donaueschinger Pferdemarkt
 am 17. März 1909
 verbunden mit
grosser
Pferdelotterie.
 Ziehung am 18. März 1909.
 Zwei Hauptgewinne je 1 Paar Pferde ca. 4000 Mark.
 34 Pferde und Posten im Gesamtwerte von ca.
21600 Mark.
 Wagen, Karren u. gewerbliche Gegenstände aller Art ca. 4400 Mark.
451 Gewinne 30000 Mark.
 Kein Gewinn unter Mark 10.
 Lose zu 2 Mark und 11 Lose zu 20 Mark sind zu beziehen durch den Kassier **Josef Wehinger** dahier.
 Donaueschingen, 10. Januar 1909.
 Der Gemeinderat.
 Ferner sind Lose à 2 Mark zu haben bei: Carl Göb, Bankgeschäft, Hebelstraße 11, 15 (auch 11 Lose zu Mark 20.), J. Anweiler, Josef Sch., Bildl. Man, Hermann Reyle, Josef Selzer, Christ. Bieder und Altkass.

Schinken
 Hauermanns Prager
 Kampings Westfälischer
 Alleinverkauf bei
Herrn Munding,
 110 Kaiserstraße 110.

Krankenzuschkasse katholischer Vereine
 Karlsruhe und Umgebung. C. B.
 Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet unsere
14. ordentliche General-Versammlung
 statt. Lokal: Café Nowack.
 Tagesordnung wird mit der besonderen Einladung bekannt gegeben.
 Hierzu werden die Mitglieder freundlichst eingeladen.
 Anträge sind bis 1. Februar an den Verwalter Leopold Finger, Marienstraße 54, einzureichen.

Berein Volksbildung (C. B.)
 Einladung
 zu der Freitag, den 29. Januar 1909, abends 9 1/2 Uhr, im Hofsaal des heimlichen Instituts der Technischen Hochschule (Eingang Schulstr.) stattfindenden
Generalversammlung.
 Tagesordnung: Erörterung des Jahresberichts.
 Ablegung der Jahresrechnung und Entlastung des Schatzmeisters.
 Genehmigung des Voranschlags.

Festhalle.
 Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr 11 Minuten
Heiterer Solistenwettbewerb
 im „Cabaret zur lustigen Witwe“.
 Oberleitung: Musikdirektor **Adolf Boettge.**
 Unter gefälliger Mitwirkung der „Castellana Sociedad (S. m. h. h.) de las Nonsencias Espanola“ (40 ein- und ausübende Künstler) unter Direction des **del Maestro Manon**, bedeutendster Geigen-Virtuoso, der Mann mit den vier guten Seiten, tonangebend, der gleichliche Erbe der unermesslich wertvollen reise Sarah Sates (wohl ihm!)
 Eintritt: Abonnenten 30 Pfg.
 Nichtabonnenten 60 Pfg.
 — Haupt-Programm 10 Pfg. —
 Die Musikdominanzkarten haben keine Gültigkeit.
 Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Fidelitas
 Verein kath. Kaufleute und Beamten
 Karlsruhe.
 Gegründet 1884.
 Vereinsabend jeden Dienstag
 im Hotel-Restaurant Nowack
 Förderung der Standesinteressen im Zusammenwirken von Prinzipalen und Angestellten. — Gesellschaftlicher Anschluss von Angehörigen verwandter Berufsstellungen.
 Erleichterte Aufnahmebedingungen für Leute unter 19 Jahren
 Auswärtige Mitglieder mit ermäßigtem Vereinsbeitrag
 Im Anschluss an den
Verband kathol. kaufm. Vereinigungen Deutschlands.
 225 Vereine in 14 Gauverbänden und 20 ausländischen Städten. Südwestdeutscher Gau: Baden-Baden—Freiburg—Gmünd—Heidelberg—Heilbronn—Kaiserslautern—Karlsruhe—Konstanz—Mannheim—Metz—Pforzheim—Strassburg—Stuttgart—Tübingen.
 Wohlfahrtsrichtungen:
 Stellenvermittlung :: Kranken- und Sterbekasse :: Unterstützungs-, Witwen- und Waisenfonds :: Auskunft in Rechts- und Geschäftsangelegenheiten :: Vergünstigung bei Zeitungsbezug, Versicherungen u. a.
 Wöchentliches Verbandsorgan „Merkur“.
 Auskunft und Drucksachen bereitwilligst durch obigen Verein.

Vortrag John Henry Schwerin, Berlin.
 Die „Grosse Modenwelt“ mit hundert Fächerreigen bietet die vorzüglichsten Gewandbilder eine in der Tat erstaunliche Anzahl der reizvollsten Damen- und Kinderreihen, und was die Hauptrolle ist, mit Hilfe der jeder Nummer beiliegenden Schnittmuster kann auch die Anfängerin sich alles leicht und billig selbst herstellen. Außerdem liefert der Verlag Extrablätter nach einer jahrelangen Körpermaß zu den minimalen Selbstkosten — 50 Pfg. für Schnittmuster für Erwachsene, 35 Pfg. für solche für Kinder. Eine vornehm geleitete, unübertreffliche Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung. Die „Grosse Modenwelt“ mit hundert Fächerreigen kostet nur 1 Mk. vierteljährlich.
 Hervorragend an Reichhaltigkeit, Pünktlichkeit und Billigkeit ist das bekannte Universalblatt „Mode und Haus“, das die verschiedenartigsten an reizenden Neuheiten auf allen Gebieten der Mode und Hauswirtschaft bringt. Auch für Unterhaltung ist in reichem Maße georgt. Ganz speziell aufmerksam auf den jeder Nummer beiliegenden musterreichen Schnittbogen aufmerksam, außerdem liefert der Verlag Extrablätter nach eingelangtem Selbstwert 5 — keine ungenannten Normalblätter — gegen Vergütung der eigenen Schnittbogen von 50 Pfg. pro Schnitt. „Mode und Haus“ liefert trotz seines reichen Inhalts pro Quartal bloß Mk. 1.—; mit achtteiliger Romanbeilage „Aus beiden Federn“ und Moden-Notizen Mk. 1.25.
 Reizende Kindermoden bietet die Monatschrift „Kinder-garderobe“. Mit Hilfe der beigelegten Schnittmuster wird hier selbst der unerfahrensten und ungeschicktesten Mutter genaue Anleitung zur Selbstherstellung ihrer Kinder gegeben. Aber auch den Kindern wird Anleitung gegeben, wie sie sich selbst mit ihren Händen des Haushalts ganz reizende Spielzeugen selbst anfertigen können. „Kinder-garderobe“, mit den Beilagen „Für die Jugend“ und „Im Reich der Kinder“ — Abonnement 60 Pfg. pro Quartal.
 Die „Illustrirte Wäsche-Zeitung“ liefert ebenfalls 60 Pfg. pro Quartal und bringt reizende Vorträge sämtlicher Wäschegelehrten, auch von Herren- und Kinderwäsche.
 Sämtliche vier Schriften sind von allen Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen. Gratis-Probennummern durch weitere und den Verlag John Henry Schwerin, Berlin W. 35.

Städt. Arbeitsamt
 (weibl. Arbeitsnachweis)
 Jähriger Beitrag 100
 Telefon 629.
 Geschäftszeit von 8-12 u. 2-7 Uhr.
 Gesucht werden für sofort:
 Einfache junge Schneiderinnen, teilweise mit Hausarbeit, Mädchen, Dienstmädchen für Privat bei gutem Lohn Arbeit suchen:
 Kochfrauen, Putzfrauen, Stundentfrauen.

Darlehen
 auf Möbel, Polster, Schulische, Hypotheken rasch Rückporto.
 Darlehensbüro I, Kaiserstr. 126, 1. St.

Möbelarbeiten. Alle Möbelerparaturen, Polieren u. Wischen der Möbel in jeder gewünschten Farbe werden billig und gut in und außer dem Hause ausgeführt. Angebote unter Nr. 360 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Heirats-Gesuch.
 Witwer, katholisch, Anfangs 30er, in fester Stellung, mit einem Kind, wünscht mit einem katholischen Mädchen oder kinderlosen Witwe, wenn möglich im gleichen Alter und mit ein. 3 Vermögen, in nähere Beziehungen zu treten zwecks Verehelichung. Gutwillig er Charakter angehöret. Nur ermunternde Angebote mit Bild an die Geschäftsstelle des „Bad. Beobachter“ unter Nr. 358 erbeten. Anonym zwecklos. Bescheidenheit Ehrenhaft.

Reelles Heirats-Gesuch.
 Oberkellner, kath., Mitte 30er, der sich selbstständig zu machen gedenkt, wünscht sich mit gebildeter Dame, kath., die sich für das Verwalteramt eignet, zu verheiraten. Einheirat nicht angelehnt. Jede Auskunft wird gerne erteilt. Die reiche wird angehöret, daher bleiben anonyme Briefe unbeantwortet. Offerten mit Photographie an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 357 erbeten. Gewerksmäßige Beamter verbeten.

Fräulein,
 in allen Zweigen des Haushalts und der Gartenarbeit erfahren, wünscht in kath. Pfarrhaus selbständige Stelle oder eventuell auch als Stütze. Angebote unter Nr. 359 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Aufgepasst! Höchste Preise!
 Wer noch gut erhalt. Damen- u. Herrenkleider, Schuhe, Weißzeug, gebrauchte Möbel etc. zu verkaufen hat, sende seine Adressen an **K. Maier, Markgrafenstr. 20.**

Vielfältigkeiten:
 mit der **S. S. Schreibmaschine**
 sind besonders zu empfehlen für Geschäftsöffnungen, Agentenangebote, Lebensläufe, Fest- und Hochzeitslieder, Festzettelungen, Bewerbungsschreiben, Gelegenheitsangebote, Speisekarten, Fragebogen-Reklamen jeder Art, Prospekte, Verträge, Einladungen, Programme, Rundschreiben, Versammlungs- und Jahresberichte, Eingaben, Protokollauszüge, Sitzungsvorlagen, Zeugnis-schriften, Doktor-, Examen- und Schriftstellerarbeiten, Kostenanschläge, Beschreibungen, Preislisten, Mitteilungen aller Art (auch auf Postkarten), Bilanzen usw. usw. Die Preise sind billig. — Anfertigung schnellstens. Ausführung peinlich gewissenhaft und sauber. — **Hans Dinger** Karlsruhe i. B. Wielandstrasse Nr. 16. Uebernahme auch aller sonstigen vorkommenden maschinenschriftl. Arbeiten. Lieferung besonders nach auswärt. Muster und Preisangebote zu Diensten. Verschwiegenheit sicher.